

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



AUSGEBLENDET

Eine Ausstellung zum Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

INHALT

- 2 **Editorial**
Christoph Kreutzmüller

- 4 **Ein Streifzug durch die Stadt.**
Zur Ausstellung „Ausgeblendet. Zum Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin“
Christoph Kreutzmüller / Gerd Kühling

- 8 **Netzwerke der extremen Rechten innerhalb der Exekutive – ein neues altes Phänomen?**
Der vierte „Salon“ des Aktiven Museums
Karoline Georg / Sophia Schmitz

- 10 **Gedenktafelanbringung für Wolfgang Szepansky, die Fünfte!**
Christine Kühnl-Sager

- 11 **Die Hand des Fotografen**
Christoph Kreutzmüller / Gerhard Schumm

- 15 **Land's End.**
Der Ort der „Topographie des Terrors“ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie
Ulrich Tempel

- 19 **Malka Dingenthal.**
Eine „türkische Jüdin“ aus Odessa in Berlin
Corry Guttstadt

- 23 **Publikationen des Aktiven Museums**

- 24 **Impressum**

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Während die Zahl der antisemitischen Übergriffe steigt und die Strukturen rechtradikaler Terrornetzwerke weitgehend im Dunkeln bleiben, hat das Berliner Finanzamt dem VVN-BdA im November 2019 den Status der Gemeinnützigkeit mit der Begründung aberkannt, dass sie im bayerischen Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch beeinflusst“ eingestuft werde. Der Vorstand des Aktiven Museums hat sich wie viele andere mit der Berliner Sektion der VVN-BdA solidarisiert und beim Finanzsenator gegen diesen Schritt protestiert. Uns wurde von dort dann allerdings lediglich beschieden, wir mögen doch die Kritik an der Entscheidung an den Bayerischen Verfassungsschutz adressieren, im Berliner VS-Bericht würde die Vereinigung ja nicht entsprechend eingestuft. Im Übrigen habe die betroffene Organisation ja die Möglichkeit, „diese Vermutungen der extremistischen Aktivität und somit die Darstellungen und Wertungen im Bericht eines Verfassungsschutzes zu widerlegen.“ Wie dem auch sei: Die West-Berliner VVN war neben der Evangelischen Jugend Berlin, den Freunden der Deutschen Kinemathek, dem Berufsverband Bildender Künstler, dem Werkbundarchiv, der Berliner Geschichtswerkstatt und vielen anderen institutionelles Gründungsmitglied des Aktiven Museums. Sie ist und bleibt eine wichtige Stimme im gesellschaftlich äußerst notwendigen Diskurs über die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus. Wir werden uns weiter für die VVN-BdA einsetzen. Ich kann Sie und Euch nur bitten, das ebenfalls zu tun!

Dass antisemitische Übergriffe trotz vieler hilfloser Verlautbarungen beileibe keine neue Erscheinung sind und uns leider G*tt es schon lange nicht mehr überraschen können, zeigte Anfang des Jahres eine Diskussionsveranstaltung zum 60. Jahrestag der antisemitischen Schmierwelle, die wir zusammen mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und dem apabiz veranstaltet haben. Ende des letzten Jahres haben wir uns im vierten „Salon“ des Aktiven Museums, wie Karoline Georg und Sophia Schmitz



Wolfgang Szepansky mit Schülern auf dem „Gestapo-Gelände“, 10. März 1988

berichten, den Netzwerken der extremen Rechten innerhalb der Exekutive gewidmet. Alles bedrückend aktuell!

Am 16. Januar 2020 konnten wir den neuen Ost-Teil der von Bettina Kubanek gestalteten Ausstellung „Ausgeblendet“ im Haus des Bundesverbandes deutscher Banken in der Burgstraße 28 eröffnen. Gerd Kühling und ich berichten in diesem Rundbrief über die Entstehung der Ausstellung – über notgedrungene Auslassungen ebenso wie über die grundlegenden Unterschiede der Erinnerung an NS-Täterorte in Ost- und in West-Berlin. Und wir freuen uns schon darauf, die beiden „West“- und „Ost“-Hälften dann ab 23. April für ein Vierteljahr „vereinigt“ im Rathaus Tiergarten zeigen zu können. Damit wird die Ausstellung an einem weiteren Täterort – nämlich dem, Mitte der 1930er-Jahre für einen nationalsozialistischen Bürgermeister entworfenen Amtszimmer – in einem Bezirk gezeigt werden, in dem die Grenzen zwischen Ost und West zumindest verwaltungstechnisch aufgehoben sind.

Auf ganz ähnlichen Pfaden ins Dickicht der Erinnerung hat sich Ulrich Tempel bewegt und nimmt die städtische Brache, die heute „Topographie des Terrors“ heißt, in den künstlerisch-fotografischen Blick. Manchen der von ihm vorgestellten Fotografinnen und Fotografen verschafft die Kamera Distanz und ermöglicht es ihnen so, Unangenehmes oder gar Beängstigendes zu betrachten.

Der Filmeditor, Autor und Fotograf Gerhard Schumm hat hingegen mit historischen Fotos und einer Kamera in der Hand Nähe gesucht. Er verzichtet auf Retuschen und zeigt die Schatten der Verfolgung analog – ein bisschen wie der amerikanische Fotokünstler Shimon Attie mit seinen Projektionen „Writing on the Wall“.

Corry Guttstadt widmet sich schließlich in ihrem Beitrag einer türkischen Jüdin aus Odessa, die Teile ihres Lebens auch Berlinerin gewesen ist.

Und: von der fünften Wiederanbringung einer Gedenktafel für Wolfgang Szepansky berichtet Christine Kühnl-Sager. So sehr ich ihr Engagement in dieser Angelegenheit schätze, so sehr hoffe ich wieder einmal, dass dies ihr letzter Bericht dazu sein wird...!



Azemina Bruch, Klaus Lederer, Gerhard Holtmeier, Jasemin Hundertpfund-Selmanagić, Jörg Haspel und Leonie Baumann (v.l.) enthüllen die Gedenktafel für Selman Selmanagić

Apropos Gedenktafeln: am 22. August konnten wir in Kooperation mit der VVN-BdA und anlässlich des 75. Jahrestages seiner Hinrichtung in Brandenburg-Görden eine Gedenktafel für Fritz Riedel in der Rigaer Straße 64 anbringen. Und am 23. Oktober wurde die nächste von uns betreute KPM-Gedenktafel enthüllt, diesmal für den Architekten Selman Selmanagić am von ihm selbst entworfenen Gebäude der Kunsthochschule in Weißensee.

Ankündigen kann ich, dass sich inzwischen eine für alle offene Arbeitsgruppe konstituiert hat, die – in Kooperation mit dem im Aufbau befindlichen Exilmuseum – eine Ausstellung zu einigen Menschen vorbereitet, die im Frühjahr 1933 vom Anhalter Bahnhof aus vor dem nationalsozialistischen Terror geflüchtet sind. Auch die Arbeitsgruppe zur Geschichte des Mordes an Berliner*innen in der „Heil- und Pflegeanstalt“ Meseritz-Obrawalde, über die Robert Parzer im letzten Mitgliederrundbrief berichtet hat, freut sich über weitere Interessierte. Er bittet mich darauf hinzuweisen, dass die Patientinnen und Patienten der Anstalt Meseritz nicht, wie dort erwähnt, im Rahmen der „Aktion T4“ nach Brandenburg deportiert wurden, sondern vielmehr nach Bernburg.

Ich bin gespannt auf den kommenden Frühlingsalon des Aktiven Museums, den eine Arbeitsgruppe gerade vorbereitet, und auf die erste Ideenwerkstatt, die am Freitag, 21. Februar von 18 bis 21 Uhr im Bilgisaray in Kreuzberg stattfindet wird. Die Werkstatt ist ein neuer, offener Treffpunkt des Aktiven Museums zum gegenseitigen Kennenlernen und Kontakthalten, aber auch zum gemeinsamen Entwickeln neuer Ideen und Projekte. Sie wird künftig regelmäßig stattfinden.

75 Jahre nach der Befreiung Berlins wünsche ich Ihnen und Euch ein gutes neues Jahr, voll von friedlichen und gewinnbringenden Debatten über die Erinnerung an etwas, das so weit weg schien – und doch so schrecklich gegenwärtig ist.

Christoph Kreutzmüller
Vorsitzender

Ein Nachwort in eigener Sache: Am 27. Januar 2020 werde ich ab 19.30 Uhr in der Urania zusammen mit unserem Mitglied Stefan Hördler sowie dem französischen Historiker Tal Bruttman unser Buch zum „Lili Jacob-Album“, einem sehr bekannten Foto-Album aus Auschwitz-Birkenau vorstellen. Auch wenn die Veranstaltung leider Eintritt kostet, würde ich mich sehr über Ihr und Euer Kommen freuen!

EIN STREIFZUG DURCH DIE STADT

Zur Ausstellung „Ausgeblendet. Zum Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin“



Thälmann-Platz, Mitte der 1950er-Jahre: Die einst angrenzende Reichskanzlei ist längst abgerissen.

Die Hände in die Hüften gestützt schaut der Junge den Fotografen oder die Fotografin ebenso an, wie die Dame hinter ihm. Die Musterung der Kleidung, die abgeräumten Trümmer, noch ohne Neubauten, die Laternen und die Fahrzeuge im Hintergrund lassen die 1950er-Jahre als Zeitpunkt der Aufnahme vermuten.¹ Deutlich zu erkennen ist, dass die beiden am leeren Thälmann-Platz stehen. Über die Wilhelmstraße fährt ein Militärfahrzeug mit angehängter Kanone in Rich-

tung Unter den Linden. Die Ruine der Akademie der Künste ragt dort empor. Der Thälmann-Platz – vorher Wilhelmplatz – war ein äußerst symbolischer Ort. Hier hatte sich bis 1945 das Zentrum der politischen Macht des Dritten Reiches befunden. Von Erinnerung an die Reichskanzlei – dem zentralen Täterort in Berlin – findet sich keine Spur.

Andere Stätten wurden dagegen später wieder „entdeckt“: Anfang Juni 1987 erschien im Rahmen der Serie „Bilder zur Berliner Geschichte“ in der Ost-Berliner „Berliner Zeitung“ ein großer Artikel über einen ebenfalls berüchtigten nationalsozialistischen Täterort in der Stadt: Das Gestapo-Hauptquartier in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße. Der Verfasser des Beitrages war der renommierte Historiker Laurenz Demps, der seinerzeit „Territorialgeschichte“ an der Humboldt-Universität lehrte. Unter dem Titel „Wo die Gestapo ihre Verbrechen ausbrütete“ schrieb er: „In dieser Straße im heutigen Westberliner Bezirk Kreuzberg hatte die Terrorzentrale des faschistischen deutschen Imperialismus ihren Sitz.“ Es blieb Demps' einziger Hinweis auf die Teilung der Stadt.

Unerwähnt blieb, dass es in West-Berlin seit einigen Jahren kontroverse Debatten um die Kennzeichnung des sogenannten Gestapo-Geländes gegeben hatte und dass wenige Wochen später an die NS-Zeit erinnert werden sollte: Zur 750-Jahr-Feier Berlins wurde schließlich im Juli 1987 die „Topographie des Terrors“ als Teil der großen Ausstellung zur Stadtgeschichte „Berlin, Berlin“ eröffnet. Diese Auslassung mag auch der Systemkonkurrenz zwischen Ost- und West-Berlin geschuldet gewesen sein, suchten doch beide Stadthälften, sich gerade anlässlich des Stadtjubiläums auf zahlreichen Gebieten zu übertrumpfen.² Ebenso auffallend ist jedoch, dass der renommierte Historiker der Humboldt-Universität keine rhetorischen Angriffe gegen den West-Berliner Senat formulierte oder gar die Kritik, dass man sich im West-Teil der Stadt mit der Geschichte des Ortes über Jahrzehnte nicht beschäftigt habe. Eine solche Spitze erlaubte sich Demps nur bei einem anderen Täter-Ort. Unter dem historischen Foto des großen Polizeipräsidiums, das 1950 in Ost-Berlin abgerissen



Der Deutsche Volksrat im vormaligen Gebäude des NS-Propagandaministeriums am Thälmann-Platz, 1949

worden war, formulierte er: „Das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, eine der faschistischen Folterstätten, heute vom Erdboden verschwunden.“

Die Spitze könnte auch erfolgt sein, um Aufmerksamkeit für den Ort zu schaffen. Nur wenige Wochen später wurde auf der Überquerung des Autotunnels in der Grunerstraße eine Gedenkstele des Bildhauers Goetz Dorl eingeweiht, die seitdem an „tausende deutsche und ausländische Antifaschisten“ erinnert, die hier eingekerkert, misshandelt und ermordet wurden. Ebenfalls noch im Spätsommer 1987 und im Rahmen der 750-Jahr-Feiern erfolgte Anfang September 1987 in der Gedenkstätte im ehemaligen Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis die Eröffnung einer Ausstellung zum antifaschistischen Widerstand in Berlin-Köpenick von 1933 bis 1945. Obwohl NS-Täterorte stärker ins Bewusstsein rückten: In der DDR spielten Widerstand und Opfergang im Gedenkdiskurs weiterhin eine prägende Rolle. Die Topographie des Terrors sollte übrigens das erste Mal im Februar 1988 Erwähnung in der Ost-Berliner Presse finden. Ein Jahr später – im Februar 1989 – wurde eine Kopie der Ausstellung in der Ost-Berliner Stadtbibliothek präsentiert.³

Auf dieses Ereignis und auf die genannten Täterorte geht unsere soeben im Foyer des Hauses des Bundesverbandes deutscher Banken in der Burgstraße 28 unweit des Hackeschen Marktes eröffnete und von selbigem Verband unterstützte Ausstellung ein. Wir

schaun auf die Wilhelmstraße und ihre Entwicklung nach 1945. Wir betrachten die Gestapo-Leitstellen, die heute fast (wieder) vergessen sind oder beleuchten das lange verdrängte Faktum, dass auch so manches Gebäude der Jüdischen Gemeinde rund um die Oranienburger Straße von den mörderischen Institutionen des NS-Staates in Beschlag genommen wurde. Dabei beschränkt sich die Ausstellung nicht auf die historische Mitte Berlins. Auch Täter-Orte des frühen SA-Terrors im Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Köpenick oder Pankow nehmen wir in den Blick. Ganz im Sinne der Mahnung des Schriftstellers Heinz Knobloch – er schrieb bereits 1979 in seinem großartigen Mendelsohn-Buch „Herr Moses in Berlin“: „Mißtraut den Grünanlagen!“ – begibt sich diese Ausstellung auf einen kleinen Streifzug durch Ost-Berlin und schaut, wo Häuserlücken, Neubauten und Rasenflächen nationalsozialistische Täterorte verbergen.



Begleitbroschüre der Ausstellung „Das andere Deutschland“ im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais, 1948

Bundesarchiv, Bild Nr. 183-E0419-0017-001

Blick auf das Haus des ZK der SED am Werderschen Markt, 19. April 1966. An der Stelle des Parkplatzes hatte sich ab 1939 das Reichskriminalpolizeiamt befunden.

statt, zu der Irene von Götz, Enrico Heitzer, Akim Jah, Christoph Kreuzmüller, Gerd Kühling, Annette Leo, Clemens Maier-Wolthausen, Kaspar Nürnberg, Chana Schütz, Anja Siegemund und Hermann Simon gehörten.

Unsere Ausstellung erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Wir hätten gern viele weitere Aspekte aufgenommen oder einzelne Orte ausführlicher beleuchtet. Genannt sei zum Beispiel die Geschichte einer Immobilie, die sich in unmittelbarer Nähe des Reichstages befindet. Sie wurde 1948 der VVN vermacht, doch im Zuge der VVN-Zwangsauflösung in der DDR anderen Nutzern übergeben. Eine Debatte darüber ist nach 1990 nie geführt worden – das besagte Gebäude, das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais, ist heute Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Aus Platzgründen mussten wir auch den Hinweis auf den Parkplatz streichen, der sich in den 1960er-Jahren auf dem Gelände des ehemaligen Reichskriminalpolizeiamts befand.

Gerne wären wir detaillierter auf den Umgang mit dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, dem späteren Haus der Ministerien, in der DDR eingegangen. Hier wurde zum Beispiel 1963 ein Traditionskabinett

Ähnliches gilt übrigens auch für die westlichen Sektoren Berlins. In den 1950er-Jahren wurden die Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin im Umgang mit Täterorten und der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit immer deutlicher: In West-Berlin erhielten Verfolgten-Organisationen und Initiativen keine Anweisungen von staatlicher Seite, in Ost-Berlin gingen Gedenkaktivitäten dagegen zunehmend mehr oder weniger direkt auf die Entscheidungsebene des Staates zurück. Der hohe politische Stellenwert, den das antifaschistische Erbe in der Politik der DDR einnahm, verdeutlicht sich auch an der Errichtung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Konzentrationslager. In unserer Ausstellung zeigen wir dazu die Nachkriegsgeschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen bei Berlin.

Überdies finden sich in der Ausstellung Hinweise auf die Gedenkpoltik in West-Berlin, Bezugnahmen der DDR auf die westliche Gegenseite oder Verbindungen zwischen Ost und West. Diese Aspekte sind uns wichtig, war doch auch der Umgang mit der NS-Vergangenheit Bestandteil der deutsch-deutschen Teilungs- und Verflechtungsgeschichte. Im letzten Jahr des ostdeutschen Staates sorgte schließlich die Bürgerrechtsbewegung der DDR dafür, dass vergessene NS-Täterorte in der

Öffentlichkeit präsent wurden. So machte die erste unabhängige Wochenzeitung der DDR „Die Andere“ im März 1990 auf die früher dort ansässige Gestapo-Leitstelle in der Französischen Straße 47 aufmerksam. Bis heute findet sich dort kein Hinweis auf die Geschichte des Ortes...

Trotz aller Auslassungen und der Ernsthaftigkeit des Themas: Wir freuen uns auf unsere kleine Ausstellung, die wir in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz erstellt haben. Ab 23. April 2020 werden wir beide Hälften zu einer Gesamt-Berliner Ausstellung vereinen und im Rathaus Tiergarten zeigen. Bis dahin wird dann auch ein Begleitbuch vorliegen.

1) Wir danken Heike-Katrin Remus und Gerhard Heinemann von der Stiftung Stadtmuseum Berlin für diese Hinweise.

2) Krijn Thijs: Party, Pomp und Propaganda. Die Berliner Stadtjubiläen 1937 und 1987, Berlin 2012.

3) Gerd Kühling: „Es kam eigentlich zum richtigen Zeitpunkt“. Ulrich Eckhardt und Thomas Flierl im Gespräch über die Präsentation der Ausstellung Topographie des Terrors in der DDR, in: Gedenkstätten-Rundbrief 196 (12/2019), S. 10-19.



Eröffnung der Ausstellung zum Gedenken an Erwin Gehrts und Harro Schulze-Boysen am 10. Februar 1993 in der Treuhandanstalt mit (v.l.) Hans Coppi, Werner Dissel, Barbara Gehrts, Birgit Breuel, Hartmut Schulze-Boysen und Christine Fischer-Defoy

*Christoph Kreutzmüller
Gerd Kühling*

Dr. Christoph Kreutzmüller ist Historiker und Pädagoge in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und Vorsitzender des Aktiven Museums.

Dr. Gerd Kühling schreibt und forscht zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. Er ist Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums.

NETZWERKE DER EXTREMEN RECHTEN INNERHALB DER EXEKUTIVE – EIN NEUES ALTES PHÄNOMEN?

Der vierte „Salon“ des Aktiven Museums

Am 24. Oktober 2019 fand zum vierten Mal der „Salon“ des Aktiven Museums als moderiertes Gespräch statt. Als Fortführung einer kleinen Reihe zur extremen Rechten standen dieses Mal die Verknüpfung zwischen Sicherheitsbehörden und der organisierten Rechten im Fokus. Zu Gast waren Dr. Sarah Schulz und Heike Kleffner. Sarah Schulz ist Koordinatorin des Forschungsverbunds Sozialrecht und Sozialpolitik (FoSS) an der Universität Kassel, beschäftigt sich mit dem Thema Staatsschutz und hat in ihrer Dissertation die Entstehung und Genese der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erforscht. Heike Kleffner ist freie Journalistin, Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Mitherausgeberin des kürzlich erschienenen Buches „Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz“.

Diskutiert wurde an diesem Abend die Frage, ob es sich bei der in den letzten Jahren spürbaren Tendenz der rechten Radikalisierung von Teilen der Exekutivorgane um ein neues Phänomen handelt oder ob hier historische Kontinuitäten zu identifizieren sind, die sich derzeit nur deutlicher als bislang zeigen.

Zu Beginn legte Sarah Schulz die These dar, dass es im Zuge der Staatsgründung der Bundesrepublik eine zeithistorisch gesehen sehr kurze Phase gegeben habe, in der tatsächlich antifaschistische Akteure den politischen Diskurs, der das Entstehen des Grundgesetzes begleitete, bestimmten. Doch schnell habe sich dann in der Bundesrepublik eine antikommunistische Stimmung durchgesetzt, die sich vor allem in der Strafverfolgung nach dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 exzessiv zeigte. Legitimationsgrundlage für dieses politische Strafrecht war der sich zuspitzende Ost-

West-Konflikt in Verbindung mit einer mythenbasierten Erzählung vom Scheitern der Weimarer Republik. Dies sei schließlich auch zum Fundament der wehrhaften Demokratie geworden, deren Idee sich von einer antifaschistischen zu einer antitotalitaristischen wandelte. Sie biete heute nur vermeintlich Schutz davor, dass Strukturen der extremen Rechten zu stark würden.

Bei der Frage nach historischen Kontinuitäten aus der Zeit des Nationalsozialismus erinnerte Heike Kleffner daran, dass im Zuge des aufkommenden Kalten Krieges bewusst Führungspersonal mit Erfahrung in der „Kommunistenbekämpfung“ wieder in die neuen Geheimdienste und auch die Polizei aufgenommen wurde. So entstand konstituierend eine Melange, die innerhalb der Exekutivorgane eine personelle wie strukturelle Affinität zu rechter Ideologie schuf. Dennoch warnte Heike Kleffner vor der Annahme einer monokausalen Kontinuität, die eine Vernetzung rechter Kräfte innerhalb der Exekutivorgane erklären könne. Vielmehr zeichnete sie im Prozess der Wiedervereinigung und dem Aufbau der verschiedenen Geheimdienst- und Polizeiapparate in den neuen Bundesländern einen paradigmatischen Bruch nach, der viel eher prägend für die heutige Situation sei. Am Beispiel von Thüringen und Sachsen erklärte sie eingehend, wie das in der Bekämpfung von linkem Terrorismus erfahrene Westpersonal ein Klima schuf, in denen organisierte Neonazis eng an die „beobachtenden“ Sicherheitsbehörden gebunden wurden. Unter dem Mantra der „Wissensaneignung“ und des „Quellenschutzes“ konnten VS-Spitzel wie Tino Brandt jahrelang extrem rechte Strukturen aufbauen und mit dem Geld des Verfassungsschutzes finanziell unterstützen. So seien nicht zuletzt die Ausgangsvoraussetzungen für den NSU geschaffen worden. Aber nicht nur in der Nichtverfolgung rechter Aktivitäten, sondern auch in einer Kultur der Kriminalisierung antifaschistischer Politik sah Heike Kleffner eine große Gefahr für die Versuche, zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen in Ländern wie Thüringen oder Sachsen aufzubauen. Sie betonte jedoch zugleich, dass die von ihr beschriebenen Verhältnisse nicht als rein ostdeutsches Phänomen zu betrachten seien, wie die Enttarnung des rechten Netzwerkes in der Bun-

deswehr um den Verein „Uniter“ oder der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke deutlich gemacht hätten.

Als zutiefst problematisch sahen die Referentinnen die de facto kaum bestehenden parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten der Exekutivorgane an. Deutlich werde dies etwa an den Landesuntersuchungsausschüssen in sieben Bundesländern und den zwei Bundesuntersuchungsausschüssen zur Aufklärung der Raub-, Anschlag- und Mordserie des NSU: Diese hätten zwar mehr oder weniger wichtige Erkenntnisse gebracht, zogen aber weder politische noch strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Auch wenn in vielen dieser Ausschüsse klares Fehlverhalten und strafrechtlich relevante Verstöße von einzelnen Akteuren in den Sicherheitsbehörden nachgewiesen werden konnte, wurden sie für ihre Rolle als Wissensträger und Mitverantwortliche für das jahrelange Agieren des NSU nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die strukturelle Triade von Vertuschung, Verleugnung und Sabotage beim behördlichen Umgang mit rechter Gewalt ließe sich auch auf andere Fälle wie das Oktoberfestattentat in München 1980 oder den Bombenanschlag auf russisch-jüdische Sprachschüler*innen in Düsseldorf-Wehrhahn im Jahr 2000 anwenden. In beiden Fällen redeten die für die Aufklärung und Verfolgung der Taten verantwortlichen Behörden die Anschläge klein und propagierten trotz gegenteiligen Wissens eine Einzeltäterthese. Das Oktoberfestattentat: angeblich von einem Einzeltäter verübt, obwohl Gundolf Köhler Anhänger der von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst mit aufgebauten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ war, einer der zentralen militanten bundesrepublikanischen Neonazi-Organisationen der 1970er-Jahre. Der Düsseldorfer Täter: ein Einzeltäter, obwohl er ein seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachteter und bestens vernetzter Neonazi war. Diese Liste und die Frage nach der behördlichen Rolle darin ließen sich noch weiter fortführen.

Als Fazit wurde formuliert, dass es bei der Frage nach rechten Akteuren innerhalb der Exekutivorgane

letztlich um zwei miteinander zusammenhängende Faktoren gehe: Zum einen um eine sich organisierende Rechte, die ihren Zugang zu Waffen und Behördenwissen politisch missbrauchen kann, wie es in den Skandalen um rechte Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern oder Hessen deutlich geworden ist. Zum anderen geht es um ein strukturell verankertes mangelndes Problembewusstsein innerhalb der Behörden. Als Beispiel sei an dieser Stelle die bemerkenswerte Aussage eines Sprechers der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Morgen nach den rassistisch motivierten Morden und antisemitischen Mordversuchen in Halle genannt: „Wir haben schon so viel mit der Terrorbekämpfung zu tun, da können wir uns nicht auch noch um Rechts-extreme kümmern.“

Es wurde an diesem Abend deutlich, dass die Affinität von Angehörigen der Exekutivorgane zur extremen Rechten tatsächlich kein neues Phänomen ist, sondern ein politisch bedingtes und historisch gewachsenes. Die zum Abschluss aufgeworfene Frage, wie man mit einer Affinität zu rechter Ideologie in den Sicherheitsbehörden umgeht, war sicherlich die größte Herausforderung des Abends. Das Podium war sich nach einer Diskussion mit dem Publikum einig, dass alle weiter kämpfen müssten: für die Aufklärung rechter Taten, für die antirassistische und antifaschistische Schulung derjenigen Menschen, die in Sicherheitsbehörden arbeiten, für eine politisch relevante Kontrolle der Exekutivorgane und für eine angemessene und würdige Behandlung der Opfer rechter Gewalt.

*Karoline Georg
Sophia Schmitz*

Karoline Georg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Stille Helden, leitet die historisch-politische Bildungsarbeit im Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt und ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums.

Sophia Schmitz ist pädagogische Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin.

GEDENKTAFELANBRINGUNG FÜR WOLFGANG SZEPAŃSKY, DIE FÜNFTTE!

„Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt, den Grünstreifen südlich des Teltowkanals zwischen Mariendorfer Damm und Rathausstraße nach dem Mariendorfer Ehepaar [...] in Gerda-und-Wolfgang-Szepansky-Promenade zu benennen.“ So lautet ein Antrag der SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg, der am 2. Dezember eingereicht wurde. Vier Wochen zuvor, am 2. November 2019 waren wieder rund 80 Menschen in die Kreuzberger Methfesselstraße gekommen, um an der Einweihung der nunmehr fünften Gedenktafel für Wolfgang Szepansky teilzunehmen.

Macht es Sinn, schon wieder darüber zu berichten? Müssen sich die vermutlich rechtsradikalen Zerstörer nicht über die Aufmerksamkeit und Publizität freuen? Ich finde, wir sollten die rechtsradikale Gewalt und Zerstörungswut, die sich überall breit macht, nicht schweigend hinnehmen. Zumal wenn es um die Würdigung eines Menschen geht, der wie Wolfgang Szepansky sein Leben lang mit aller Kraft für Frieden und Verständigung eintrat. Zur Erinnerung der Text der Tafel: „An die Mauer der damaligen Schultheiß-Brauerei schrieb Wolfgang Szepansky (1910-2008), Malergeselle und Mitglied des kommunistischen Jugendverbands am 11. August 1933: ‚Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!‘ Er wurde verhaftet. Das KZ Columbiahaus, Exil in Holland, Internierungslager, Gefängnis und das KZ Sachsenhausen waren seine weiteren Stationen bis zur Befreiung 1945. Befreit zum Leben wurde er Zeichenlehrer, bekam jedoch Anfang der fünfziger Jahre im Zuge des Kalten Krieges in West-Berlin Berufsverbot. Er spielte Theater, sang, dichtete und malte Bilder gegen Not, Unterdrückung und Krieg. In Schulen berichtete er über sein Leben und über den Kampf gegen den Nationalsozialismus und führte die Jugend zu Stätten der Unterdrückung und des Widerstands. Für sein Engagement wurde er 1996 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.“ Zum Berufsverbot war auch die Aberkennung als Opfer des

Nationalsozialismus hinzugekommen, die erst nach einem fast zwanzigjährigen Prozess aufgehoben wurde.

Eine der Initiatorinnen der Tafel, die ja erstmals am 11. August 2012 eingeweiht wurde, war Regine Szepansky, die Tochter von Wolfgang. Sie starb am 13. September 2019 und so wurde auch ihrer im Rahmen der fünften Enthüllung gedacht.

Bezirksstadtrat Oliver Schworck (SPD) sprach sodann mit großer Anerkennung über Wolfgang Szepansky, den er noch persönlich kennengelernt hatte. Er erinnerte daran, dass dieser unmittelbar nach seiner Befreiung im Mai 1945 nach Berlin zurückkehrte und in Tempelhof den Antifaschistischen Jugendausschuss mitbegründete. Ebenso war er Mitorganisator der antifaschistischen Stadtrundfahrten durch Tempelhof, an denen er ohne Ausnahme bis kurz vor seinem Tod teilnahm. Dafür gebühre Szepansky noch heute der Dank des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg. Schworck schlug vor, in seinem Bezirk eine Straße nach ihm zu benennen. Die SPD-Fraktion in der BVV griff diesen Vorschlag mit dem oben zitierten Antrag unverzüglich auf. Er stand in der Sitzung am 11. Dezember 2019 auf der Tagesordnung und wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Thomas Szepansky, der Sohn von Wolfgang, erinnerte in seinem Beitrag an die vielen extrem rechten Gewalttaten der jüngsten Zeit und schloss: „Angesichts der Tatsache, dass die Gedenktafel bereits viermal herausgebrochen wurde, versichere ich, dass wir uns nicht einschüchtern lassen und nicht nachlassen werden im Kampf für eine friedliche und demokratische Gesellschaft ohne Fremdenhass, Angst und rechten Terror. So möchte ich jetzt die Tafel, die an die mutige Tat meines Vaters erinnert, einweihen. Mein Vater, der sein Leben lang gegen Unterdrückung und Krieg eingestanden ist und der mir mit seiner Zugewandtheit, Toleranz und mit der lebendigen antifaschistischen Erinnerungskultur stets ein Vorbild bleiben wird.“

Christine Kühnl-Sager

Christine Kühnl-Sager ist im Vorstand des Aktiven Museums.

DIE HAND DES FOTOGRAFEN



Die zwischen 1913 und 1916 erbaute Synagoge am heutigen Fraenkelufer (das seinerzeit noch Cottbusser Ufer hieß) wurde bereits in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1931 von Nationalsozialisten beschmiert. „Die Rache naht“ schrieben sie auf den Sockel des Hauses der Jugendsynagoge, das Pogrom und Krieg überstand. Gleichzeitig besudelten die – nach eigenen Angaben – betrunkenen SA-Männer die Hauptsynagoge, die nach dem Krieg abgerissen wurde, mit zwanzig großen Hakenkreuzen.

Es wird allzu oft vergessen, dass solche Attacken auch vor 1933 grässlicher Alltag waren. Die Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war in dieser Zeit voll von Meldungen über Friedhofsschändungen, Boykotte und Attacken gegen Jüdinnen und Juden. In diesem Fall wurden die Täter –ausnahmsweise – dingfest gemacht. Ein Berliner Gericht verurteilte sie zu fünf Monaten Haft.

Manchen verschafft die Kamera Distanz.



Nach der Machtübernahme verübten die (nicht nur) siegestrunkenen Nationalsozialisten überall im Reich äußerst brutale Übergriffe auf ihre Gegner – oder wen auch immer sie dafür hielten. Als die internationale Presse darüber berichtete, bezichtigten die Nazis sie der Lüge. Auf der Grundlage dieser haltlosen Vorwürfe riefen Hitler und der neu ernannte Propagandaminister (und Berliner Gauleiter) Joseph Goebbels zu einem „Boycott“ der Unternehmen, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien auf, von denen sie annahmen, dass sie Jüdinnen und Juden gehören würden. Der Boycott, der eigentlich eine Blockade war, fand am Samstag, den 1. April 1933 statt.

Von der Ächtung betroffen waren auch die beiden Ärzte Martin Rosenberg und Fritz Neumark in der Ansbacher Straße 15 – quer gegenüber vom KaDeWe. Offiziell betonten die deutschen Zeitungen pflichtgemäß, dass die Aktion sehr „diszipliniert“ abgelaufen sei. Auch hätten die SA-Posten die Passantinnen und Passanten nur freundlich vor einem Besuch der Geschäfte gewarnt, keinesfalls Gewalt angewendet. Auf dem Foto von einem unbekanntem Fotografen ist aber deutlich zu sehen, dass entgegen der offiziellen Verlautbarungen der Besuch der beiden Ärzte kategorisch „verboten“ wurde. Aus verschiedenen Quellen ist überdies bekannt, dass es immer wieder zu Gewalttaten kam.

Gerhard Schumm hat mit historischen Fotos und einer Kamera in der Hand Nähe gesucht...



Auch nach dem offiziellen Ende des Boykotts wurden die als jüdisch bekannten Betriebe systematisch benachteiligt und weiter attackiert. Die Nazis und ihre Claqueure bedrohten Inhaber und Kunden und beschmierten Scheiben und Fassaden. Besonders in kleineren Gemeinden mussten die jüdischen Ärzte, Anwälte und Kaufleute, Handwerker und Fabrikanten deshalb oft schon 1935/36 die Segel streichen. Einige von ihnen zogen nach Berlin. Die Anonymität der Stadt und die Größe der jüdischen Gemeinde versprachen Schutz. Tatsächlich ging die Zahl der jüdischen Betriebe bis Sommer 1938 in Berlin kaum zurück. Im Juni 1938 versuchte Goebbels deshalb, einen Pogrom heraufzu-

beschwören, und ließ alle jüdischen Gewerbebetriebe beschmieren.

Unflätig beschmiert wurde im Juni 1938 auch die Konditorei von Georg Hirsch – direkt neben dem Jüdischen Altenheim und dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee. Die Konditorei wurde dann im November vollends geplündert und musste von Georg Hirsch aufgegeben werden.

...und zeigt die Schatten der Verfolgung analog.



Auf der anderen Seite der Schönhauser Allee, direkt neben dem altherwürdigen Baruch Auerbach'schen Waisenhaus befand sich das Bettengeschäft von Friedrich Boas. Mit dunkler – roter – Farbe waren dessen Schaufenster mit großen Buchstaben mit der Inschrift „Jude“ beschmiert worden. Neben den Lack-Inschriften ist auf den Lamellen der heruntergelassenen Tür-Jalousie eine fast schulkindliche Kreideinschrift „Juden raus“ zu erkennen. Da diese Inschrift teils von der anderen überlagert wird, ist sie vorher angebracht worden. Das bedeutet also, dass auch dieses Unternehmen von zwei verschiedenen Gruppen gekennzeichnet wurde.

Wie das vorherige gehört das Bild zu einer Serie, die im Centrum Judaicum überliefert ist. Hermann Simon, Elisabeth Weber und ich sind vor einigen Jahren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Fotos wahrscheinlich von dem Juden Hans Spieldoch aufgenommen wurden, der damit dokumentieren wollte, was den Jüdinnen und Juden in Berlin widerfuhr. Nach der Veröffentlichung unseres Buches [Ein Pogrom im Juni. Fotos antisemitischer Schmierereien in Berlin 1938, Berlin: Hentrich Verlag 2013] wies uns eine französische Journalistin darauf hin, dass die Fotos auch im Archiv der Agentur France Press überliefert sind. Wie sie dorthin gekommen sind, ist unbekannt.

LAND'S END

Der Ort der „Topographie des Terrors“ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie

Manchmal sind es nur 300 Meter. So weit ist die Entfernung zwischen dem Gründerzeitgebäude an der Ecke Koch- und Friedrichstraße und dem Gelände der heutigen „Topographie des Terrors“. 1976 gründet Michael Schmidt dort die „Werkstatt für Photographie“. Sie ist gleichzeitig Teil der Volkshochschule Kreuzberg und eine weit ausstrahlende, maßgeblich selbstorganisierte Ausbildungsstätte für künstlerische Fotografie. Einige der prominenten Fotografinnen und Fotografen aus dem Umfeld der Werkstatt sind seit Anfang der 1980er-Jahre auf dem in unmittelbarer Nähe gelegenen „Gestapo-Gelände“ tätig. Zu einer Zeit, als verschiedene Personen und Vereinigungen beginnen, sich für eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Gelände einzusetzen. Es entstehen fotografische Zeugnisse, die zugleich eigenständige Kunstwerke sind und oft einen hohen dokumentarischen Wert besitzen.

Fotografien spielen in der Auseinandersetzung mit dem Gelände eine große Rolle. Margret Nissen dokumentiert seit Ende der 1970er-Jahre im Auftrag der Berliner Festspiele das Areal. Viele professionelle Fotografinnen und Fotografen, aber auch Privatpersonen halten sowohl den Zustand der Zwischennutzungen auf dem Gelände als auch besondere Ereignisse im Bild fest – wie beispielsweise die Außenveranstaltungen während der Ausstellung „Preußen – Versuch einer Bilanz“ 1981, die Aktion „Nachgegraben“ des Aktiven Museums und der Berliner Geschichtswerkstatt am 5. Mai 1985 und die Ausgrabungen 1986. Den Hinweis auf die große Zahl von künstlerischen Fotografien verdankt die Stiftung Topographie des Terrors den Fotografen Michael Disqué und Andreas Gehrke. Beide beschäftigen sich über längere Zeit mit dem Robinienwäldchen und stoßen dabei immer wieder auf Hinweise auf weitere Künstlerinnen und Künstler, die hier tätig gewesen sind. Aus dieser Beschäftigung heraus entsteht die Idee, in

einem Fotoband verschiedene künstlerische Positionen zu versammeln. In Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors ist diese Idee nun umgesetzt worden – mit dem Band „Land's End. Der Ort der ‚Topographie des Terrors‘ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie“.

Ab Mai 2020 wird das Werk des Fotografen Michael Schmidt (1945-2014) in der Öffentlichkeit große Beachtung erfahren. Im Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart ist eine große Retrospektive seiner Werke geplant. Dieser so einflussreiche deutsche Fotograf beginnt in den 1960er-Jahren als Autodidakt und gibt schon wenige Jahre später sein Wissen als Dozent weiter. Bereits 1973 kann er das Bezirksamt Kreuzberg für eine Publikation über den Stadtbezirk gewinnen. 1978 erscheint der Band „Berlin-Wedding“, der 2019 neu aufgelegt wird. Schmidt stellt hier alltägliche Szenen und genaue Beobachtungen des städtischen Raumes Porträtaufnahmen von Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtbezirks gegenüber. Immer wieder sind Berliner Stadtlandschaften und die Menschen der Stadt sein Thema. In „Land's End“ finden sich zwei Fotografien von Michael Schmidt. 1982 blickt er von einem Schutthügel auf das Gelände, die Berliner Mauer und das Gebäude des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums. Dieses Foto scheint eine besondere Bedeutung für ihn gehabt zu haben, da es – sehr prominent – auf dem Cover des Katalogs der Schmidt-Retrospektive 1995 am Folkwang-Museum in Essen zu sehen ist. Auch das erste Foto in „Land's End“ stammt von Michael Schmidt. Wieder richtet er den Blick auf die Mauer und die Fassade des Reichsluftfahrtministeriums, doch diesmal durch winterliche Zweige und Büsche hindurch. Es ist ein sehr subjektives Agieren mit Grautönen, Unschärfen und Ausschnitten. Dieses Bild ist Teil des Projekts „Waffenruhe“, mit dem Michael Schmidt 1987 ein großes internationales Publikum erreicht.

Ein Charakteristikum der „Werkstatt für Photographie“ ist der enge Kontakt mit Fotografinnen und Fotografen aus den USA. Dort findet 1975 die Ausstellung „New Topographics. Photographs of a Man-Altered Landscape“ statt, die schon bald als eine der wichtigsten Ausstellungen künstlerischer Fotografie betrachtet wird.

Zu sehen sind Fotografien, die sich durchaus kritisch mit oft an der Peripherie größerer Städte gelegenen Landschaftsstrukturen auseinandersetzen. Bilder aus dieser Ausstellung werden 1978 auch in der Werkstatt gezeigt. Der 1946 in New York geborene John Gossage ist zwar 1975 nicht vertreten, doch widmet auch er sich intensiv dieser Form von Landschaftsfotografie. 1982 erhält er eine Einladung in die Werkstatt nach Berlin. Noch bevor er mit einem Leihwagen die Werkstatt in der Friedrichstraße erreicht, stößt er, auf dem Weg dorthin, eher zufällig auf die Berliner Mauer und das Gelände neben dem Martin-Gropius-Bau. Diesen Eindruck beschreibt er als sehr wichtig für sein Schaffen. In den Folgejahren fotografiert er immer wieder auf dem Gelände. Zwei Bilder in „Land’s End“ von 1983 und 1985 zeigen das zu dieser Zeit von der Bauschuttverwertungsfirma genutzte Gelände in einer Vielzahl von Grautönen. Seine Berlin-Fotografie führt John Gossage 2004 in dem monumentalen Fotoband „Berlin in the Time of the Wall“ zusammen, in dem sich eine große Anzahl von Geländebildern finden.

Zwei Fotografen einer nächsten Generation aus dem Umfeld der Werkstatt sind in dem Band vertreten, die, anders als Michael Schmidt und John Gossage, konsequent den Schritt zur Farbfotografie einschlagen. Joachim Brohm verlegt sich in den Bildern auf das Ausschnitthafte. Er fotografiert intensiv die Ausgrabungen auf dem Gelände. Seine Bilder sind neben ihrer künstlerischen Kraft wertvolle, zum Teil einzigartige Dokumente der Ausgrabungen. Volker Heinze geht noch einen Schritt weiter. Ausschnitte, Unschärfen, schwer identifizierbare Bildinhalte sind bei ihm Programm. Zwei der Fotografien Heinzes in „Land’s End“, die in den Ausgrabungen entlang der Niederkirchnerstraße entstehen, entstammen dem radikalen Fotobuch „+0“, von dem Gerhard Steidl in Göttingen gerade einen Nachdruck vorbereitet.

Die Chronistin des Geländes für die 1980er- und frühen 1990er-Jahre ist aber fraglos Margret Nissen. Nach verschiedenen Auslandsaufenthalten entdeckt sie



Michael Disqué / Andreas Gehrke (Hg.): *Land’s End. Der Ort der „Topographie des Terrors“ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie*, Berlin 2019, S. 62-63; Michael Schmidt, *„Berlin Stadtbilder, Berlin-West“*, 1982.

in den 1970er-Jahren die Stadtbrachen an der Berliner Mauer und stillgelegte Bahnanlagen. Und sie fotografiert seit den 1970er-Jahren auf dem Gelände. 1981 blickt sie vom Autodrom Harry Tostes („Fahren ohne Führerschein“) Richtung Martin-Gropius-Bau. Das Robinienwäldchen ist hier erst ansatzweise vorhanden, Betonpisten, ein Autowrack und herumliegende Reifen bilden den Vordergrund des Bildes. Neun Jahre später, im Frühjahr 1990, dokumentiert sie den Zustand der Mauer an der Wilhelmstraße: Links das Gelände der „Topographie des Terrors“ mit den Ausgrabungen von 1986, in der Mitte der schmale Weg an der Mauer, der bis in den November 1989 die Verbindung Richtung Potsdamer Platz herstellte, und rechts der berühmte Grenzstreifen in der Niederkirchnerstraße.

Die Fotografinnen Bettina Lockemann und Elisabeth Neudörfl beschäftigen sich in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im Rahmen eines Projekts, das den aktuellen Zustand von Verfolgungsorten der NS-Zeit

in Berlin in den fotografischen Blick nimmt, auch mit dem Gelände der Topographie des Terrors. Es ist die Zeit kurz vor Beginn der Bautätigkeit für das Projekt des Schweizer Architekten Peter Zumthor. „Land’s End“ enthält sechs Fotografien aus dem in Schwarz-Weiß gehaltenen Zyklus, die zumeist den Blick durch den Bewuchs des Robinienwäldchens hindurch auf die Gebäude der Umgebung ermöglichen und das Gelände somit verorten. Die Fotografien sind eine präzise Zustandsbeschreibung des Geländes vor dem Beginn des Bauprojekts. In den Jahren des Zumthor-Projekts (bis 2004) sind zwei Fotografen auf dem Gelände tätig – Klaus Frahm und Kai-Olaf Hesse. Die Atmosphäre dieser durch anfängliche Bauaktivitäten, aber vor allem durch Stillstand geprägten Jahre, ist den Fotografien in besonderer Weise eingeschrieben. In einem Bild von Klaus Frahm ist das Metalltor zu sehen, das auf die Abtrennung des östlichen Parkstreifens für den Europahaus-Komplex in den 1920er-Jahren verweist. Wenige Meter dahinter steht die Betonfassade eines



Michael Disqué / Andreas Gehrke (Hg.): *Land’s End. Der Ort der „Topographie des Terrors“ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie*, Berlin 2019, S. 72-73: Bettina Lockemann, Elisabeth Neudörfl, „Plan“, 1999.



Margret Nissen: „Autodrom“, Martin-Gropius-Bau, Abgeordnetenhause, 1981; Die Mauer an der Wilhelmstraße, 1990

der drei errichteten Erschließungstürme des Zumthor-Baus. Davor zeichnet sich ein Baum in all seinen Verzweigungen scharf ab.

Die Fotografien der beiden Herausgeber Michael Disqué und Andreas Gehrke sind die neuesten künstlerischen Positionen des Bandes. 2009 arbeitet Andreas Gehrke an einer umfangreichen Serie mit Fotografien, die im und am Rand des Robinienwäldchens entstehen. Fotografien dieser Serie erscheinen 2011 in dem Fotoband „Topographie“. In einem beigefügten Aufsatz stellt Thomas Seelig den Künstler in Beziehung zu John Gossage und Joachim Brohm. Klaus Hesse verbindet Ausführungen zur Ortsgeschichte mit präzisen Anmerkungen zu den Fotografien Gehrkes. Das letzte Bild von „Land’s End“ ist eine Aufnahme von Andreas Gehrke, die den zickzackförmigen Weg zeigt, der in seiner Form

dem Verlauf eines Splittergrabens der Kriegszeit folgt. Michael Disqué fotografiert 2013 und 2014 im Robinienwäldchen. Er ist ein ruhiger Beobachter der Wege, die die Natur in diesem Stadtwäldchen findet. Seine Fotografien stehen in einem großen Kontrast zu den meisten anderen Werken des Bandes. Nicht bauliche Zeugnisse, Zwischennutzungen und der Blick in die Umgebung sind seine Themen. Es ist ein ganz eigener Naturraum, den er mit seinen Bildern eröffnet, ein Raum, der heute eben auch zu diesem Ort gehört.

Der Band „Lands End“ enthält neben den Bildern der ausgewählten Fotografinnen und Fotografen einen Text zur Geschichte des historischen Ortes der „Topographie des Terrors“ von Ulrich Tempel und einen medientheoretischen Aufsatz von Philipp Reinfeld. Ihm geht es um die Kennzeichnung des Spezifischen der künstlerischen Fotografie, die in ganz anderer Weise ihre medialen Eigenheiten reflektiert als die Alltagsfotografie. Mit „Lands End“ liegt nun eine Zusammenstellung fotokünstlerischer Auseinandersetzungen mit dem Gelände der „Topographie des Terrors“ aus einem Zeitraum von über 30 Jahren vor. Eine Auseinandersetzung mit einem Ort, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel Aufmerksamkeit erhalten hat. Und der auch bereits ein Ort der künstlerischen Fotografie war, in ganz anderer Weise: Im 1905 eröffneten Gebäude der Kunstgewerbeschule, in das 1933 die Geheime Staatspolizei einzog, hatte auch die Kunstbibliothek Räume. 1910 wurde dort eine Sammlung künstlerischer Fotografie eingerichtet. Curt Glaser, seit 1924 Direktor der Kunstbibliothek und 1933 von Nationalsozialisten entlassen, förderte diese Sammlung nachdrücklich. Zum Beispiel konnten Fotografien aus der Werkbundschau „Film und Foto“ erworben werden, die 1929 auch im Lichthof des Kunstgewerbemuseums, des heutigen Martin-Gropius-Baus, gezeigt wurden.

Ulrich Tempel

Ulrich Tempel ist Archivar der Stiftung Topographie des Terrors.

Michael Disqué / Andreas Gehrke (Hg.): Land’s End. Der Ort der „Topographie des Terrors“ im Spiegel zeitgenössischer Fotografie, Berlin 2019, ISBN 978-3-9818866-1-0, Preis: 30 Euro

MALKA DINGENTHAL

Eine „türkische Jüdin“ aus Odessa in Berlin

Malka Dingenthal wurde 1888 in Odessa geboren, wo ihr Vater Abraham als Schneider arbeitete. Außer ihrer Mutter Rebekka gehörten der Familie die beiden älteren Schwestern Anna und Elsa an. Die Familie besaß die osmanische, später die türkische Staatsangehörigkeit. Dies mag erstaunen, denn die Familie hatte nie im Osmanischen Reich oder in der Türkei gelebt. Doch das Gebiet an der nördlichen Küste des Schwarzen Meeres, heute Teil der Ukraine, hatte mehrere Jahrhunderte zum Osmanischen Reich gehört, bis es Ende des 18. Jahrhunderts von Russland erobert wurde. Die osmanische Regierung betrachtete muslimische und auch jüdische Bewohnerinnen und Bewohner „verlorener Gebiete“ weiterhin als ihre Schutzbefohlenen. Für tausende Jüdinnen und Juden, die im Russischen Reich Pogromen und Verfolgung ausgesetzt und emigriert waren, bedeutete das Osmanische Reich tatsächlich ein Schutzraum; auch konnten sie relativ leicht die osmanische Staatsbürgerschaft erwerben. So lebten im Berlin der 1920er-Jahre neben der Familie Dingenthal weitere Juden aus Odessa oder sogar aus Warschau, die die türkische Staatsbürgerschaft besaßen.¹

Die Dingenthals kamen bereits 1891 nach Berlin, als Malka gerade drei Jahre alt war. „Ich weiß nicht genau, warum sie das getan haben. Meinem Vater ging es in Odessa als Schneider ziemlich gut. [...] Er war noch jung, als er auswanderte. Vielleicht schien es ihm, dass er in Berlin besser leben könnte.“² In Berlin arbeitete der Vater wieder selbständig als Schneider. Malka besuchte die Volksschule und erlernte nach Abschluss der Schule den Beruf der Putzmacherin. „Die materiellen Bedingungen, unter denen wir in Berlin lebten, waren gut. Ich kann mich nicht an irgendwelche Verfolgungen, die gegen Juden gerichtet waren, aus jener Zeit erinnern.“ Um die Jahrhundertwende – also zeitgleich mit der Familie Dingenthal – kamen einige hundert osmanische Jüdinnen und Juden nach Deutschland. In den

1920er-Jahren stieg ihre Zahl im Deutschen Reich auf etwa 1.000. Die meisten von ihnen lebten in Berlin, wo sie eine eigene Synagoge und einen Verein gründeten.³ Ab 1933 waren sie ebenfalls von Diskriminierung und Verfolgung betroffen. „Jedoch waren wir in besserer Lage als die anderen Juden. Die Behörden wussten, dass wir türkische Staatsbürger waren, und diesem Umstand verdankten wir, dass man nicht so grausam mit uns umging. Nichtsdestoweniger habe ich einmal, als ich in Gesellschaft eines Mädchens auf der Straße war, von einem SS-Mann harte Schläge bekommen. Für nichts und wieder nichts. Nur, weil ich Jüdin war. Ich musste selbstverständlich, wie alle anderen Juden, das Judenkenzeichen anlegen. Darin machten die Nazis keinen Unterschied.“

Auch Jüdinnen und Juden türkischer Staatsangehörigkeit mussten Zwangsarbeit verrichten. So zum Beispiel der in Istanbul geborene Jacob Eskenazi, oder Emma Blum, die später mit Malka Dingenthal nach Ravensbrück deportiert wurde.⁴

Malkas ältere Schwester Anna hatte 1907 in Berlin den aus Tarnopol stammenden Chaim Hermann Zimet geheiratet, wodurch sie die türkische Staatsangehörigkeit verlor. Tarnopol gehörte ab 1920 zur Republik Polen. Chaim Zimet gehörte zu den 17.000 polnischen Jüdinnen und Juden aus Deutschland, die Ende Oktober 1938 im Rahmen der „Polenaktion“ nach Zbąszyń deportiert wurden. Zwar gelang der Familie 1939 die Flucht in die Niederlande, dort fielen sie jedoch nach der Besetzung des Landes den Deutschen in die Hände, wurden 1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet.⁵ Ihre zweite Schwester Elsa konnte rechtzeitig nach Palästina auswandern.

Malka Dingenthal, deren Eltern bereits vor Beginn des Krieges eines natürlichen Todes gestorben waren, lebte ab Ende 1930er-Jahre in der Jablonskistraße und arbeitete laut Eintrag im Berliner Adressbuch von 1939 als „Knopflochstepperin“.

Unter dem Druck der Verfolgung versuchten viele türkisch-jüdische Familien aus Deutschland zu entkom-

men. Die Flucht führte sie von Berlin nach Brasilien oder Bolivien, nach Tanger in Marokko und bis nach Shanghai. Den meisten jedoch standen als Fluchialternativen nur die europäischen Nachbarländer Frankreich, Holland und Belgien offen, wo sie wenige Jahre später erneut von Hitlers Schergen eingeholt wurden. Manche verließen sich auf den Schutz, den ihnen die türkischen Papiere boten. Doch den meisten war eine Flucht aus Nazi-Deutschland verwehrt, da die Türkei ihnen die Staatsbürgerschaft entzog und sie als Staatenlose kein Aufnahmeland fanden.⁶ Als Staatenlose gehörten die vormals türkischen Jüdinnen und Juden zu den ersten Opfern der Deportationen in den Tod, die Ende Oktober 1941 begannen.

Diejenigen Jüdinnen und Juden im NS-Machtbereich, die weiterhin als türkisch galten,⁷ genossen als Angehörige eines neutralen und seit Juni 1941 durch einen Freundschaftsvertrag mit Deutschland verbundenen Staates zunächst Schutz vor Verhaftung und Deportation. Durch diesen Schutz konnten einige türkische Jüdinnen und Juden auch anderen Verfolgten helfen. So versteckte die Familie von Ruth Jacobson, die später zu den nach Ravensbrück Deportierten gehörte, andere Juden in ihrer Wohnung.⁸

Der Schutz war allerdings nur temporär, ein Aufschub, wie er auch für Frontkämpfer oder mit nicht-jüdischen Partnern verheiratete Menschen eine Zeit lang galt. Im Oktober 1942 setzten die deutschen Stellen der Türkei (und den übrigen neutralen oder mit Deutschland verbündeten Staaten) ein Ultimatum, ihre noch im deutschen Machtbereich befindlichen jüdischen Staatsangehörigen zu repatriieren. Doch die türkischen Stellen reagierten auch nach mehrfacher Verlängerung der Ausreisefrist nicht auf das Ultimatum. Nur aus Frankreich, wo die große Mehrheit der türkischen Jüdinnen und Juden im deutschen Machtbereich lebte, ließen die türkischen Stellen im März 1943 sowie zwischen Februar und Mai 1944 insgesamt mehr als 500 Betroffene in die Türkei ausreisen.

Nach mehrfacher Verlängerung des Ultimatus war in Absprache zwischen Auswärtigem Amt und

Reichssicherheitshauptamt als letzter Ausreisetermin für türkische Jüdinnen und Juden der 10. Oktober 1943 festgesetzt worden. Für den 20. Oktober ordnete das RSHA im gesamten NS-Machtbereich (außer Frankreich) die Festnahme der verbliebenen Jüdinnen und Juden mit Staatsangehörigkeit neutraler Staaten an. Auch in anderen europäischen Staaten (den Niederlanden, Belgien, Österreich und der Tschechoslowakei) wurden im Oktober und November jüdische Staatsangehörige der Türkei und anderer neutraler Staaten verhaftet. „Im Oktober 1943 kam die Reihe auch an uns. An jenem Herbstmorgen klopfen zwei Zivilisten an die Tür meiner Wohnung. Ich öffnete. ‚Ziehen Sie sich an, kommen Sie mit‘ lautete der kurze Befehl. [...] Sie brachten mich zuerst in die jüdische Gemeinde bei der Oranienburger Straße. Dort traf ich sämtliche Juden türkischer Abstammung.⁹ Ich kannte viele von denen. [...] Wohin man uns schicken wird, das wussten wir natürlich nicht. Die Stimmung war traurig, manche Frauen weinten.“

Am 26. Oktober 1943 wurden dreizehn türkische Jüdinnen mit drei kleinen Kindern aus Berlin in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Neun türkisch-jüdische Männer – Ehemänner bzw. männliche Angehörige der deportierten Frauen – wurden in das KZ Buchenwald eingeliefert. Auch die in Wien, Prag und Brüssel verhafteten Jüdinnen und Juden türkischer Nationalität wurden in den folgenden Wochen in die Konzentrationslager Ravensbrück bzw. Buchenwald deportiert.

Die Ankunft in Ravensbrück beschreibt Malka Dingenthal wie folgt: „Gleich nach unserer Ankunft in Ravensbrück hat einer der SS-Männer unser Gepäck weggeschmissen. Wir haben es dann niemals mehr gesehen. [...] Wie wir ausgestiegen sind, begann gleich ein großes Geschrei. ‚Alles Gold und Geld abgeben!‘ Wir mussten uns ausziehen, [...] sogar die Haare wurden abgesucht. Manchen Frauen wurden die Haare abgeschoren. Dann bekamen wir gestreifte Kleider und Holzpantinen. Wir wurden in Baracken eingewiesen, dort standen Schlafpritschen. Es gab aber eine Zeit, in der ich auf dem Fußboden schlief.“



Die SS Drottningholm

Malka Dingenthal und die anderen Frauen aus der türkischen Gruppe mussten Sand schaufeln. „Es war eine schwere Arbeit, oft überstieg sie unsere Kräfte. [...] Nach einigen Tagen konnte ich nicht mehr.“ Es gelang ihr, sich für eine andere Arbeit eintragen zu lassen, bei der sie Strümpfe für Soldaten stricken musste. Malka Dingenthal bekam eine Entzündung am Fuß, wurde jedoch bereits nach wenigen Tagen wieder aus der Krankenbaracke entlassen und musste mit der Wunde am Fuß laufen und arbeiten. „Ich blutete und litt furchtbare Schmerzen. Aber beim Appell musste man stramm stehen. Deshalb hielten mich zwei Frauen unter den Armen, damit ich nicht umfalle und die Aufseherinnen nichts merkten. Manchmal musste man stundenlang Appell stehen. [...] Wir türkischen Frauen hielten zusammen.“ Am 28. Februar 1945 wurden 31 Frauen und Kinder, davon zehn der in Berlin Verhafteten, im Rahmen eines deutsch-türkischen Zivil-

gefangenenaustausches aus Ravensbrück befreit. Drei der in Berlin Verhafteten türkischen Jüdinnen waren zwischenzeitlich den Bedingungen im KZ Ravensbrück erlegen. Die in Buchenwald inhaftierten Männer und Söhne wurden nicht in den Austausch einbezogen. Sechs von ihnen starben dort. Die Frauen wurden zunächst nach Lübeck gebracht, wo sie mit einer Gruppe von 105 türkischen Jüdinnen und Juden aus dem KZ Bergen-Belsen zusammenkamen. Von dort reiste die Gruppe über Kopenhagen zunächst nach Göteborg, wo die befreiten Häftlinge von der dortigen jüdischen Gemeinde und anderen Schwedinnen und Schweden empfangen und versorgt wurden.

Am 15. März fuhren die befreiten Häftlinge als Teil einer größerer Austauschgruppe, der auch Angehörige des diplomatischen Corps und türkische Studierende angehörten, per Schiff von Göteborg los.

Über Liverpool, Lissabon und Port Said erreichte die SS Drottningholm am 11. April 1945 Istanbul. Doch die türkischen Behörden verweigerten den meisten der aus den Konzentrationslagern befreiten jüdischen Passagieren zunächst die Einreise. Erst nach langen Verhandlungen des American Jewish Joint Distribution Committee (JDC) und der Jewish Agency durften sie an Land, wo sie in Pensionen interniert wurden.

Für diejenigen unter den Ankömmlingen, die nach Palästina gehen wollten, kümmerte sich die Jewish Agency auch um die Einreisezertifikate ins damals noch britische Mandatsgebiet. So konnte Malka Dingenthal bereits im Mai 1945 nach Palästina weiterreisen, während viele der übrigen Angehörigen der Austauschgruppe bis zu einem Jahr oder länger in der Türkei warten mussten, bevor sie in ihre Aufenthaltsländer zurückkehren konnten. „Ich hatte Verwandte in Israel. Meine Schwester lebte hier mit ihrem Manne und Kindern. [...] Mein Schwager war Schneider. Ich half ihm bei der Arbeit und so kam ich durch. Leider verstarb meine Schwester vor einigen Jahren. Ich selber bin jetzt im vorgerückten Alter und wohne im Altersheim in Tel Aviv. Manchmal komme ich zusammen mit meinen ehemaligen Leidensgenossinnen, die wie ich in Ravensbrück waren.“

Corry Guttstadt

Dr. Corry Guttstadt ist Turkologin und Historikerin. Seit 2007 ist sie Mitglied im Aktiven Museum.

1) Aus Odessa stammten Selman Finger, Abraham Blum und Anna Peretz, aus Warschau Moses Lowicki.

2) Alle Zitate von Malka Dingenthal stammen aus einem Interview (Archiv der Gedenkstätte Yad Vashem, Bestand O3, Signatur 2877), das die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem 1964 mit ihr führte.

3) Zur türkisch-jüdischen Gemeinde in Berlin siehe meinen Artikel über Davisco Jochanan Asriel im Mitglieder-rundbrief 78 vom Januar 2018.

4) Zu Jacob Eskenazi: Arbeitskarte der Firma Warnecke & Böhm im Archiv der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum; zu Emma Blum: Protokoll eines Interviews mit Emma Blum am 25. März 1945 in Göteborg, in: YIVO, RG 116, Archivkasten 9/4.

5) Annas Sohn Erwin Zimet hatte 1938 in Berlin sein Rabbinerexamen abgelegt und war seit 1933 als Lehrer bei der Berliner Jüdischen Gemeinde tätig. Er wurde mit den Eltern im Rahmen der „Polenaktion“ zunächst abgeschoben, konnte aber dann nach London emigrieren und überlebte die Shoah. <http://www.steinheim-institut.de:50580/cgi-bin/bhr?id=2696>.

6) Zur Ausbürgerungspolitik der Türkei siehe Corry Guttstadt: Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Berlin-Hamburg 2008, S. 271-282.

7) Es sollte sich herausstellen, dass die NS-Behörden weitaus mehr Personen als türkische Staatsangehörige betrachteten, als die türkischen Stellen schließlich anerkannten. Auch verwundert, dass die Türkei etlichen Jüdinnen und Juden die Staatsangehörigkeit entzog, die in der Türkei geboren waren, deren Emigration aus der Türkei nicht allzu lange zurücklag und die in regelmäßigem Kontakt zum türkischen Konsulat standen, während Personen oder Familien wie die Dingenthals, Blums und andere mit eher „entfernter“ Verbindung zur Türkei weiterhin als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger galten.

8) Berichte von Lola Alexander und Ursula Finke, Archiv der Wiener Library, London, Signatur P.III.d. No. 459 bzw. P.III.d. No. 458.

9) In der gesamten Abschrift des Interviews wurden die Wörter „türkische Abstammung“ später – in Absprache mit Malka Dingenthal – in „türkische Staatsangehörigkeit“ abgeändert. In diesem Satz wurde dies offenbar vergessen.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

7,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stumbling Stones in Berlin. 12 Neighborhood Walks

3. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender
Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender
Marion Goers stellvertr. Vorsitzende
Dr. des. Karoline Georg
Astrid Homann
Dr. Gerd Kühling
Christine Kühnl-Sager
Angelika Meyer
Dr. Ruth Preusse

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH
www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro
Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEVB33XXX

Bildrechtenachweis

Titel Privatbesitz
S. 2 © Ann-Christine Jansson, Berlin
S. 3 Landesarchiv Berlin: Fotograf: Thomas Platow
S. 4 Privatbesitz
S. 5 Privatbesitz; Gedenkstätte Deutscher Widerstand,
Bibliothek
S. 6 Bundesarchiv, Bild Nr. 183-E0419-0017-001,
Fotograf: Studré
S. 7 Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.,
Fotograf: Jürgen Henschel
S. 11 © Gerhard Schumm, Berlin
S. 12 © Gerhard Schumm, Berlin
S. 13 © Gerhard Schumm, Berlin
S. 14 © Gerhard Schumm, Berlin
S. 18 © Margret Nissen, Berlin
S. 20 WikiCommons

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de